

Şengals Widerstand ist ein Widerstand der Menschlichkeit

Der Angriff des Islamischen Staats (IS) gegen die mehrheitlich êzidische Stadt Şengal (Sinjar) in Südkurdistan/ Nordirak seit dem 2. August ist der vorläufige Höhepunkt des Krieges dieser Gruppe gegen die Menschlichkeit.

Der IS richtet sich mit seinen Angriffen und der folgenden Schreckensherrschaft gezielt gegen die Zivilbevölkerung. Von daher ist es nicht falsch von einer „Terrororganisation“ zu reden. Gefährdet sind alle, die nicht das salafistische Weltbild der Gruppe teilen, vor allem „Andersgläubige“ (ÊzîdInnen, ChristInnen, AlevitInnen, SchiitInnen, aber auch SunnitInnen), Frauen generell, politische GegnerInnen. Das Massaker an der êzidischen Gemeinschaft in Şengal mit ethnisch-religiöser Säuberung, massenhafter Vergewaltigung von Frauen, Verschleppung der Bevölkerung (vor allem jungen Frauen) und brutalen Hinrichtungen Hunderter hat das Ausmaß eines Genozids angenommen und muss als solcher verurteilt werden. Der Widerstand Şengals gegen die Menschenverachtung des IS ist zu einem Widerstand der Menschlichkeit geworden.

Zehntausende Menschen in der Region befinden sich auf der Flucht – im Irak und Syrien sind es mittlerweile mehrere Hunderttausend. Die humanitäre Lage ist katastrophal. Die Flüchtlinge sind im Hochsommer ohne Wasser- und Lebensmittelversorgung dem sicheren Tod ausgeliefert, wenn die internationale Gemeinschaft nicht mit zivilen Hilfslieferungen reagiert.

Bereits seit über einem Jahr kämpft der IS gegen die Demokratische Autonomie in den Kantonen Rojavas (Westkurdistan/ Nordsyrien), einem System der politischen, sozialen und ökonomischen Selbstverwaltung, in das sich auf demokratischer Grundlage alle Teile der Gesellschaft unabhängig von Ethnie, Religion und Geschlecht einbringen – ein Novum für die Region des Mittleren Ostens. Den Juli über führte IS eine massive Großoffensive gegen den Kanton Kobanê. Zum Einsatz kamen dabei schwere Waffen wie Panzer und Artillerie, die zuvor beim Überfall des IS auf irakische Städte erbeutet wurden. Zuletzt führte der IS schwere Kämpfe im südkurdischen Maxmûr, einem Camp von Flüchtlingen aus Nordkurdistan/ Türkei, das in den 90er Jahren errichtet wurde und unter Kontrolle der Vereinten Nationen (UN) steht. Damit ist der IS nur 40km von der Hauptstadt der südkurdischen Autonomieregion, Hewlêr entfernt.

Die Kantone in Rojava konnten bisher erfolgreich von ihren multiethnischen und -religiösen Volksverteidigungseinheiten (YPG) geschützt werden. Die YPG waren es auch, die dem IS in Şengal Einhalt gebot, nachdem sich die militärischen Einheiten der südkurdischen Autonomieregion, sogenannte Peshmerga, unter Kontrolle der Demokratische Partei Kurdistans (PDK), aus der Region zurückgezogen hatten. Ge-

meinsam mit den nordkurdischen Volksverteidigungskräften (HPG), die ebenso wie die YPG der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) nahe stehen, konnten sichere Korridore geschaffen werden, über die ein Teil der Zivilbevölkerung aus der Region Şengal fliehen konnte. Gemeinsam mit der Bevölkerung konnte Şengal teilweise vom IS befreit werden. Auch die Grenzregion Rabia zwischen Syrien und Irak sowie das Flüchtlingscamp Maxmûr wurden von YPG bzw. HPG gemeinsam mit Peshmerga und der Bevölkerung befreit. Die Angriffe sind also zunächst abgewehrt, der IS allerdings nicht geschlagen.

Es sind nicht die Armeen der südkurdischen Autonomieregion, des irakischen oder syrischen Staats, die dem IS Einhalt gebieten oder die Zivilbevölkerung schützen – auch das Bombardement US-amerikanischer Kampfflugzeuge war lediglich Makulatur. Die Bevölkerung organisiert sich und baut Einheiten auf, um sich selbst zu verteidigen. Dies geht wie in Rojava oder Maxmûr mit einer demokratischen Selbstverwaltung einher. Eine Unterstützung der Selbstverwaltung und -verteidigung sowie die Anerkennung der politischen AkteurInnen dieser Projekte als DialogpartnerInnen wäre die konsequenteste Maßnahme, um einen Frieden und demokratische Aufbrüche in der Region zu fördern.

Für die EU bedeutet das, die PKK von der Listen terroristischer Organisationen zu streichen; für die BRD, das PKK-Verbot aufzuheben, anstatt darüber zu diskutieren, immer neue Waffen in die Region zu schicken.

Eben die demokratischen Aufbrüche der Bevölkerung sabotieren Regionalmächte wie die Türkei, Saudi Arabien und Katar. Sie destabilisieren die Region, um ihren eigenen Einfluss zu wahren und erfahren bei dieser gefährlichen Politik uneingeschränkte Unterstützung durch NATO, EU und auch die BRD.

Die Türkei etwa lässt den IS seit zwei Jahren ungehindert auf ihrem Staatsgebiet und über die Grenze nach Syrien hinein operieren. Das NATO-Mitglied Türkei macht sich dabei an den Verbrechen des IS mitschuldig.

Daher fordern wir:

Humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung!
Anerkennung der Selbstverwaltung Rojavas und
Dialog mit allen Beteiligten!
Rechenschaft der regionalen Unterstützer des IS
Türkei, Saudi Arabien und Katar!

NAV-DEM – Zentrum d. demokratischen Gesellschaft
FKÊ – Föderation der êzidischen Vereine
YXK – Verband der Studierenden aus Kurdistan

13. August 2014

Kontakt: fke.ezdi@gmail.com, info@yxkonline.de, yxkonline.de

Erklärung von Ulla Jelpke (Mitglied des Bundestags, Partei DIE LINKE) vom 12.08.14:

Keine deutschen Waffen in den Irak— PKK sofort von der Terrorliste streichen!

Forderungen, Deutschland und die NATO sollten jetzt Waffen an die gegen den terroristischen IS kämpfenden Kurden und die irakische Regierung liefern, gehen an der Problematik vorbei. DIE LINKE muss bei ihrer prinzipiellen Position gegen Rüstungsexporte bleiben; hier dürfen keine Ausnahmen herbeigeredet werden“, erklärt die Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Ulla Jelpke, die sich derzeit im kurdischen Selbstverwaltungsgebiet im Norden Syriens befindet. Jelpke weiter:

Anstatt in Deutschland über Waffenlieferungen zu debattieren, gilt es jetzt die politischen Voraussetzungen für die Unterstützung der effektiv gegen den IS kämpfenden Kräfte zu schaffen. Die Hauptlast im Kampf gegen die djihadistischen Terrorbanden im Irak und Syrien tragen derzeit die Guerillakämpfer der Arbeiterpartei Kurdistans PKK und die Volksverteidigungseinheiten YPG. Letztere kämpfen in Rojava bereits seit Jahren erfolgreich gegen die Djihadisten und sind nun auch im Nordirak im Einsatz. Doch durch das PKK-Verbot in Deutschland und die Nennung der PKK auf den Terrorlisten von EU und USA ist jede Unterstützung für die PKK verboten. Und gegen Rojava besteht ein Embargo des NATO-Staates Türkei. Die Bundesregierung muss sich daher umgehend für eine Streichung der PKK von der Terrorliste stark machen. Damit hätte die PKK bessere Möglichkeit, sich die benötigten Mittel zur Verteidigung der Bevölkerung zu beschaffen. Zudem muss die Bundesregierung ihren Einfluss auf die türkische Regierung nutzen, damit Ankara endlich die Grenzen nach Syrien für die von türkischem Territorium aus operierenden djihadistischen Mörderbanden dicht macht und das Embargo gegen Rojava aufhebt.

Unter den derzeitigen Voraussetzungen erreicht Militärhilfe nur die Peshmerga im Nordirak. Doch gerade die Peshmerga der Regierungspartei KDP hatten die Eziden in Sengal durch ihren Rückzug Anfang August in Stich gelassen und so erst den Vormarsch des IS provoziert. Bis heute blockiert die KDP mit ihren Peshmerga zudem die Lieferung von Hilfsgütern für zehntausende Flüchtlinge, die sich in das kurdische Selbstverwaltungsgebiet Rojava in Nordsyrien retten konnten.

Nicht Rüstungslieferungen, sondern sofortige humanitäre Hilfe für die vielen Flüchtlinge im Nordirak und in Rojava ist jetzt die zentrale Forderung.“

PRESSESPIEGEL

Civaka Azad (civaka-azad.org), 11.08.14:

Die kurdischen Kräfte haben an dieser Front eine gemeinsame Verteidigungslinie entwickelt. Es kämpfen Kämpferinnen und Kämpfer der HPG (Volksverteidigungskräfte) gemeinsam mit den Peshmergekräften und zivilen Verteidigungseinheiten, die sich spontan aus der Bevölkerung von Maxmur zusammengeschlossen haben.

Firat News Agency (en. firatnews.com), 12.08.14:

Bedel Khalef Qasim, a Yezidi elder who has joined the Sinjar Resistance Units ... said only the Kurdish Freedom movement had supported them. He called on all Yezidis, saying: „It is shameful for us to throw ourselves on the mercy of the whole world...“

tagesschau.de, 12.08.14:

Im Nordirak sind nach Ansicht der UN noch immer Tausende Jesiden „der unmittelbaren Gefahr von Massakern“ durch die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) ausgesetzt. „Es muss dringend alles getan werden, um massenweise Gräueltaten und möglicherweise gar einen Völkermord“ an Angehörigen der religiösen Minderheit zu verhindern, forderte die UN-Sonderberichterstatteerin für Minderheiten, Rita Izsák, in Genf.

Die Föderation der êzîdischen Vereine e.V. (FKÊ) hat zu materieller Unterstützung der Flüchtlinge aufgerufen. Das gespendete Geld wird an eigens eingerichtete Kommissionen in der Region weitergeleitet. (Der Çira e.V. ist gemeinnützig und kann auf Nachfrage bei der FKÊ Spendenquittungen ausstellen.)

Çira e.V.
Stichwort: Şengal
IBAN: DE41251900010675541000
BIC: VOHADE2HXXX

Informationen zu dem Spendenaufruf erhalten Sie unter: fke.ezdi@gmail.com